

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 29. Oktober 2021

Birte Pauls:

Die Situation in der Geburtshilfe ist eine Katastrophe

TOP 36: Situation der Geburtshilfe in Schleswig-Holstein (Drs. 19/2324(neu), 19/3263)

„Der vorliegende Bericht war eine lange und schwere Geburt. Es hat - allerdings mit unserer nachträglichen Zustimmung - 13 Monate gedauert. Wir bedanken uns für diesen Bericht, wohlwissend, dass er zu einer weiteren Belastung der Mitarbeitenden im Ministerium geführt hat. Presswehen lassen sich allerdings nicht verschieben. Auch in den 2 ½ Jahren vor Corona hat diese Landesregierung sich bedauerlich wenig um die Geburtshilfe im Land gekümmert, weshalb ich mich mehr darauf konzentriere, was alles nicht in dem Bericht steht. Denn die Situation in der Geburtshilfe ist eine Katastrophe.

Eigentlich haben wir genug ausgebildete Hebammen im Land, aber sie arbeiten angesichts der erheblichen Belastung kaum in Vollzeit, gehen scharenweise aus der klinischen Versorgung heraus, bieten evtl. selbstständige Leistungen an oder verlassen den Beruf ganz. Eine riesige Erschöpfungswelle bei den Hebammen zieht sich durchs Land, die sich durch die Corona-Situation noch zusätzlich aufgebäumt hat. Es fehlt überall an Personal. Die Hebammen müssen in den Kreißsälen zum Teil mehrere Frauen gleichzeitig versorgen, eine Rufbereitschaft ist oft nicht mehr zu organisieren. Mit frauenorientierter Entbindung haben diese Situationen nichts mehr zu tun. Die Sectio-Rate ist viel zu hoch.

Einige Tage nachdem dieser Bericht das Licht der Welt erblickte, musste der Kreißsaal in der Flensburger Diako für normale Geburten schließen, weil kein ausreichendes Personal zur Verfügung stand. Das wiederum führte zu einer erhöhten Belastung der Hebammen im Husumer und Schleswiger Kreißsaal, die schon im Vorfeld am Limit arbeiteten. Von der S3 - Leitlinie, der Personalvorgabe der deutschen Gesellschaft für Hebammenwissenschaften und der deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, die eine 1:1 Betreuung in der Geburtsphase vorsieht, sind wir Meilen entfernt. Die Umsetzung würde aber nicht nur zur Sicherheit für Kind und Mutter beitragen, sondern auch die Arbeitszufriedenheit der Hebammen erheblich steigern. Die Geburtshilfe braucht eine gesetzliche Personalbemessung.

Vor kurzem erhielt ich einen Anruf eines frisch gebackenen Vaters aus Bergenhusen. „Seit Wochen versuchen wir eine Hebamme für die Nachsorge zu bekommen“. Diese Familie ist mit dem Problem nicht alleine. Es ist keine Selbstverständlichkeit mehr, eine Hebamme für Vorbereitungskurse, eine evtl. gewünschte Hausgeburt, die Begleitung in einen Kreißsaal oder für die Nachsorge zu bekommen. Auf der Homepage des Hebammenverbandes können betroffene Mütter eine Unterversorgung melden. Tagesaktuell sind 1008 Fälle für Schleswig-Holstein gemeldet, die meisten im Bereich der Wochenbettversorgung, was besonders Erstgebärende besonders trifft. Die Dunkelziffer wird sehr viel höher sein. Auch diese Tatsache blendet der Bericht vollkommen aus. Korrigierende bzw. steuernde Aktivitäten dieser Landesregierung sind nicht zu erkennen.

Warum sind die frisch gebackenen Eltern so still? Das hat sehr viel mit dem Berufsverständnis der Hebammen zu tun. Hebammen geben in der Situation alles und vermitteln der gebärenden Frau wie selbstverständlich die notwendige Sicherheit und Ruhe. Aber innerlich stehen sie unter erheblichen Druck und haben Angst vor Komplikationen, denen sie nicht mehr gerecht werden können. Wenn dann noch die Ansage des Arbeitgebers erfolgt, dass sie so lange bleiben müssen, bis die nächste Hebamme ihren Dienst antritt, dann hat das mit Arbeitsschutzverordnungen wohl gar nichts mehr zu tun. Ob nach einer 12-stündigen Nachtwache noch ein halber Tagesdienst die Sicherheit von Kind und Mutter gewährleistet, ist wohl nicht anzunehmen. Mal ganz abzusehen von der physischen und psychischen Gesundheit der Hebamme. Wie gesagt die Erschöpfungswelle bei den Hebammen zieht durchs Land. Seit 2019 stehen 35 Studienplätze in Schleswig-Holstein zur Verfügung.

Im Wintersemester konnten für 33 Studienplätze Kliniken aus Schleswig-Holstein gefunden werden, die bereit waren, die Aufgabe der verantwortlichen Praxiseinrichtung zu übernehmen. Die verbleibenden zwei Studienplätze hat die Universität in Kooperation mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern vergeben. Die Frage ist, reichen 35 Studienplätze aus, um die Versorgung in Zukunft zu sichern? Warum können wir nicht alle 35 Studienplätze im Land auch nutzen?

Hebammen betreuen Schwangere, Mütter und ihre Kinder, oft auch die Väter in einer der bedeutendsten Lebensphasen, die Auswirkung auf die Entwicklung des Kindes und der Familie haben. Bei jeder Geburt in Deutschland muss eine Hebamme anwesend sein, das ist gesetzlich vorgeschrieben. Ihre Tätigkeit ist geprägt von hoher Professionalität, überzeugten Engagement und menschlicher Empathie. Sie ist unter normalen Bedingungen oft schon sehr erschwert und wurde in der Corona-Pandemie zur erheblichen Herausforderung. Hebammen, die in der Geburtshilfe tätig sind, hatten besonders zu Beginn der Pandemie ein sehr hohes Expositionsrisiko. Gebärenden ist ein Mund-Nasen-Schutz schlichtweg nicht zuzumuten.

Jede Geburtssituation, aber besonders die Akut- Aufnahme und Behandlung einer Schwangeren, stellte ein weiteres Risiko dar – evtl. auch des Partners, denn sie erfolgte ohne grundsätzliche Kenntnis des Infektionsstatus. Gleichzeitig wurden die Hebammen in der Zeit der Impf- Priorisierung erst nachrangig und in Verordnungen oft nicht oder nur auf Nachfrage berücksichtigt. Gesundheitsämter fühlen sich nicht zuständig, bzw. wissen gar nicht wie viele und wo Hebammen in ihrem Zuständigkeitsradius tätig sind. Zeitweise gab es sogar Kontaktverbote zwischen Hebammen und Müttern, was besonders schwer wiegt, wenn der Kreißsaal einen Aufnahmestopp verhängt, wie z.B. in Husum geschehen. Trotz der Sondervereinbarungen deckten die zeitlich befristeten Zuschläge den zusätzlichen finanziellen Aufwand für Schutzausrüstung mitnichten die tatsächlichen Ausgaben. Von den sowieso ungerechten Bonuszahlungen haben die meisten Hebammen nur gehört. Eine Umfrage unter freiberuflichen Hebammen zeigte bereits im Mai 2020 bundesweit einen deutlichen Rückgang des Verdienstes in Folge der Covid-19-Pandemie - trotz der Sondervereinbarungen mit dem GKV-Spitzenverbandes. Viele Eltern haben aus Angst vor einer möglichen Infektion bereits gebuchte Kurse und sogar Betreuungen abgesagt. Hebammengeleitete Kurse konnten aufgrund der Hygieneregeln im letzten Sommer nur mit deutlich eingeschränkter Teilnehmerzahl und somit nicht kostendeckend stattfinden. Etliche Kurse sind ersatzlos ausgefallen.

Ich denke, es ist an der Zeit, sich einmal ganz herzlich bei den Hebammen in unserem Land für ihren enormen Einsatz während der Pandemie zu bedanken. Ein weiteres Problem ist das fehlende Personal auf den Kinderintensivstationen, das ebenfalls zu Engpässen und Dauerbelastung führt. All das braucht unsere Aufmerksamkeit, wenn wir den Kindern einen sicheren Weg ins Leben organisieren wollen. Lassen Sie uns im Ausschuss darüber beraten.“